

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Postzeitung oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., answärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277.

Dienstag, den 26. November 1918.

25. Jahrg.

## Unseren Heimkehrenden den Heimatgruß!

In der Heimat, in der Heimat — da gibts ein Wiedersehen!  
Eindreiviertel Millionen kehren nicht wieder. Trostlos sieht die Witwe, die Braut, die Mutter der Gefallenen dem Tage der Heimkehr entgegen. Tränenlose Augen künden von einem Leid, das kein Wort zu lindern vermag.

Aber die meisten Deutschen jubeln jetzt im Schmerz, triumphieren in Wehmut, juchzen in Qualen, denn nach so viel Kummer, den der Krieg uns brachte, kommen unter dem Siege der Revolution unsere Soldaten wieder heim. Man darf ihnen die Hand drücken, sie umarmen, ihnen ein „Willkommen“ zurufen, sie berufen, am Bau des neuen Deutschland mitzuarbeiten.

Und sie werden einst ein schönes Vaterland haben, das Land der Demokratie und des Sozialismus.

Wir grüßen die Heimkehrenden. Vater und Mutter, Schwester und Braut, Genossen und Freunde haben Euch wieder!

Schmückt Euer Heim, denn der Sohn, der Bruder, der Vater kehrt wieder!

Schmückt Eure Stadt, denn viele der Besten, der Tüchtigsten, der Tapfersten kehren wieder.

Schmückt alles Land, denn den Verkämpfern der Freiheit danken wir alles, was uns noch blieb!

Unbesiegt kehren die Soldaten heim. —

Nicht unser Heer, nicht Deutschland ist besiegt, sondern unsere alte Regierung. Die weltgeschichtliche Tatsache, daß der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, während der deutsche Soldat auf französischem Boden kämpfte, ist niemals aus der Welt zu schaffen.

Jetzt kehren sie heim, die Tapferen! Aber sie bringen uns kein Paradebild mit klingendem Spiel, mit Helmbusch und blank gewachsenen Stiefeln, sondern sie tragen des Krieges letzten Abglanz in unsere Mäuren.

So sah es draußen aus bei großen Bewegungen, so bunt flutete es beim Vor- oder Rückmarsch, so arbeitet der Heeresapparat, unübersehlich für den Laien, in Wahrheit nach wohlüberlegtem Plan.

Sie kommen geradenwegs aus der letzten Schlacht und haben vielleicht noch keine Zeit gehabt, sich rasieren zu lassen, sich zu waschen, haben vielleicht seit Tagen kaum geschlafen.

Deshalb, Mitbürger, Kameraden, laßt die Begrüßung umso herzlicher sein! Laßt die Fahnen wehen, schmückt die Häuser mit Tannengrün, begrüßt jeden Soldaten, wie ihr euren Bruder begrüßt sehen möchtet. Laßt die Soldaten die Standarten der Freiheit sehen, die sie selbst erkämpft haben!

Das freie Deutschland begrüßt seine treuesten Söhne!  
Das treue Volk grüßt die Pioniere der Freiheit!  
Das Volk der Freiheit begrüßt die Helden der Schlacht!  
Die Helde der Revolution sind die Sieger der Menschlichkeit!

Unseren Soldaten verdanken wir, daß der Krieg unser Land nicht zerstörte und daß die Mächte der Reaktion gestürzt wurden, als das Maß ihrer Schuld erfüllt war.

Todesbereit grüßten sie uns, als sie von uns gingen.

Nun sie heimkehren, grüßen wir sie zum Leben.

Die Todesbereiten schützten unser Leben.

Jetzt danken wir ihnen, daß sie lebensbereit sind und willens zur Arbeit für die bessere Zukunft des aufsteigenden Menschengeschlechts.

Auf freiem Grunde mit freiem Volke zu leben, zu schaffen, zu beglücken, zu helfen — das sei ihr Los und unseres. Mit dem Versprechen gegenseitiger Hilfe begrüßen wir die Heimkehrenden.

Trodnet eure Tränen, Mütter der Verwundeten!

Armet auf, ihr Angehörigen der Vernichteten!

Der Sintflut folgt die Urbarmachung des getrockneten Bodens!

Im Volk wurzelt die Kraft zum Aufstieg.

Es jubelt heute in den Hütten, Freudenlieder ertönen, die Schalmeyen der harmonischen Zukunft ertönen.

Um uns liegen die Leichen unserer Freunde, aber die Freiheit hat gesiegt!

## Die Schuld der deutschen Machthaber am Kriege.

Bayrische Veröffentlichungen.

Die bayrische Regierung veröffentlicht Dokumente, die einen erdrückenden Beweis für die Schuld der früheren deutschen Machthaber am Weltkrieg darstellen. Es befindet sich darunter folgender Bericht des bayrischen Gesandten in Berlin, Grafen Perchenfeld, vom 18. Juli 1914:

„Am Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, fernz. mit dem Balkan- und Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehrte ich mich zu berichten:

Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat, in Belgrad zu unternehmen, und der in der Ueberreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. d. M. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise des Herrn Poincaré und Bixiani von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurlaubung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabs

den Anschein friedlicher Gesinnung,

und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt, und man bebauert nur, daß Graf Tizja, der anfangs gegen ein schärferes Vorgehen gewesen sein soll, durch eine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier schon etwas gelüftet hat.“

Es wird dann der Hauptinhalt des österreichischen Ultimatums an Serbien wiedergegeben und dann gesagt:

„Daß Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand.

Die Folge wäre also der Krieg.

Hier ist man durchaus damit einverstanden, daß Oesterreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Bemerkungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu ausrufen wird, erscheint Herrn v. Sogow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Oesterreich-Ungarn, dank seiner Entschlossenheit und Verlahrenheit, jetzt eigentlich der kranke Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Italiener, Rumänen, Serben und Montenegriner warten. Ein starkes und erfolgreiches Einschreiten Serbiens würde dazu führen, daß die Oesterreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlen, würde das darnieder liegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slavischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies, bei weiterer Fortentwicklung der slavischen Propaganda, wie General Conrad von Hötzendorf selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall.

Man ist also hier der Ansicht, daß es für Oesterreich sich um eine Schicksalsfrage handle, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien, ohne Zögern erklärt, daß man mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden sei, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin.

Die Blankovollmacht, die man dem Kabinettschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos, gab, der zur Uebergabe eines allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemorials hierher gekommen war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund an verhandeln.

In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und entscheidungslosen Stellen in Wien fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei.

Man hätte es daher hier auch lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet und der serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten.

Es wird dann in diesem Bericht des Grafen Perchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert. Die Reichsleitung werde, mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandreise und der Chef des Großen Generalstabes sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Oesterreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte.

In einem Telephonat der Berliner bayrischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgedrückt, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Oechsls für die Erhaltung des

Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.“

Am gleichen Tage wurde nach München von der bayrischen Gesandtschaft das folgende Stimmungsbild telephoniert:

„Es laufen zurzeit zwei Ultimata: Petersburg 12 Stunden; Paris 18 Stunden. Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung; Paris Anfrage, ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden.“

Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August, um Mitternacht.

Preussischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können. Im französischen Heer kein guter Geist, wenig Steilfeuergechütze und schlechteres Gewehr.“

Man hat uns gesagt, in Berlin habe man das Wiener Ultimatum an Serbien nicht gekannt. Eine Lüge! Berlin habe Wien zur Zurückhaltung ermahnt! Eine Lüge! Berlin hat Wien umgekehrt aufgepuscht. Wilhelm sagte in seiner Proklamation: „Mitten im Frieden hat uns der Feind überfallen!“ Eine bodenlos freche, niederträchtige, schamlose Lüge.

Und diese Bande elender Massenmörder, die in der Revolution durch den Großmut des Volkes wirklich glimpflich davongekommen ist, denkt noch immer daran, ihre blutbesleckten, lägenbeschnitzten Herrschaft noch einmal aufrichten zu können? Das Volk hat sie mit Schimpf und Schande davongejagt und sie können ihrem Gott auf den Knien danken, daß sie noch so davongekommen sind!

## Die Reichskonferenz der deutschen Bundesstaaten.

Die Tagung der Vertreter der Bundesstaaten, an der etwa 70 Delegierte teilnahmen, wurde am Montag morgen eröffnet mit folgender Ansprache Eberts: Das Ziel der Politik der Reichsleitung ist die Durchführung und Sicherung der sozialistischen Demokratie. Unsere nächsten Aufgaben sind der Friede und die Sicherstellung des Wirtschaftslebens. Mit den unerhörten Waffenstillstandsbedingungen mußten wir uns abfinden; Rettung kann uns nur ein schneller Präliminarfrieden bringen, sonst muß unser Volk in tiefstes Elend und wirtschaftliche Anarchie verfallen. Jeder Versuch, uns die politische Freiheit strittig zu machen, muß an dem entschlossenen Widerstand der Arbeiter und Soldaten scheitern. Die Freiheit kann uns nur nützen, wenn wir Brot und Arbeit haben. Vom ungehörten Fortgang unserer Kohlenförderung hängt fast alles ab. Wir haben bereits Maßnahmen ergriffen, um die Sozialisierung der Industriezweige, die dazu reif sind, in die Wege zu leiten. Nie war die Freiheit und Einheit aller Stämme Deutschlands notwendiger als in dieser Stunde. Die Einberufung der konstituierenden Versammlung sobald als möglich ist dringend geboten. Die Beratung des Wahlgesetzes soll in den allerersten Tagen beginnen.

Eisner machte Bedenken gegen die Tagesordnung geltend und schlug vor, die Diskussion in folgende große Gruppen zu gliedern: 1. Waffenstillstands- und Friedensbedingungen, zugleich mit der Vorfrage der Aktionsfähigkeit der Regierung. 2. Politischer nationaler Zusammenhang. 3. Wirtschaftliche Beziehungen der Bundesstaaten zum Reich. Das alles müsse nicht erörtert, sondern entschieden und abgeschlossen werden. Der Vorsitzende Ebert dringt mit seinem Vorschlag durch, daß mit dem Rezerat zu beginnen und dann die Gruppierung vorzunehmen sei, wie sie Eisner vorschlägt.

Staatssekretär Solff sprach über unsere Beziehungen zu den bisherigen Gegnern und östlichen Nachbarn, wobei er die Lage des Reiches als äußerst bedroht darstellte. Zusammenfassend kam Solff auf den unbedingten Vernichtungswillen Frankreichs zurück, dem separatistische Eigenmächtigkeiten im eigenen Lande in die Hände arbeiten, so wenn der Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg selbständig Beziehungen zur Sowjet-Regierung anknüpfe, oder wenn von anderer Stelle unser Kurier des Auswärtigen Amtes auf der Reise nach Wien verhaftet würde. Seine einzige Hoffnung sei gegenwärtig diese Konferenz, denn die heutigen Verhältnisse zerstörten alle Friedenshoffnungen. (Mehrjähriger Widerspruch.) Die Konferenz müsse unbedingt dreierlei beschließen: 1. Die Zentralmacht darf keiner Kontrolle unterstellt sein, welche die Einzelstaaten nicht anerkennen. 2. Die Auslandsgehalte dürfen nur der Reichsregierung obliegen. 3. Für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern an einem zentral gelegenen Ort zu tagen habe, muß ein baldigster Termin festgelegt werden, denn was heute vorhanden sei, könne nur als Provisorium gelten. Solff schloß mit den Worten, daß er dann an eine glückliche Zukunft der Revolution glaube und sie nicht um ihre Früchte bringen wolle.

Staatssekretär Erzberger berichtet über den Entschluß des Kriegskabinetts am 8. November, dem französischen Oberbefehlshaber die Kapitulation Deutschlands auszusprechen. Vorläufig würde sich die Erfüllung der Bedingungen verhältnismäßig gut ab. Das Kriegsmaterial werde ordnungsgemäß übergeben, dagegen konnten nur 3000 Lokomotiven und 100 000 Wagen abgeliefert werden. Die Umachung über die deutschen Kriegsgefangenen, mildern zu können, schiene hoffnungslos. Die Rückkehr der Gefangenen vollzöge sich normal, unmöglich sei dagegen die Rückführung der gefangenen Russen vor dem 1. Februar 1919. In der Lebensmittelfrage sei gestern zum ersten Male eine entgegenkommend gehaltene Depesche von Clemenceau eingetroffen. Er verspreche sich auch viel von der Ankunft Hoopers in England. Er zweifle aber entschieden an der Möglichkeit, die Räumungstermine innezuhalten und befürchte, die Entente würde einen Reichstheil, um in Deutschland einzurücken. Hieraus ergibt sich nach seiner Ansicht die dringende Notwendigkeit des Präliminarfriedens. Ferner erhofft er von solchem ein

gütliches Aufhören des Blutvergießens, die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen und Wahrung der Reichseinheit. Im Falle seiner Verzögerung befristet er Nachteil durch längere Besetzung der unbesetzten Gebiete, und durch Verwirklichung der polnischen Ansprüche in Polen und Oberschlesien.

Esner erklärte darauf: Die Referate Goff und Erzberger lassen wirklich nichts davon merken, daß inzwischen die Revolution ihre Arbeit getan hat. Glücklich wollen wir den Frieden, aber ihn erreichen würden wir nur durch völlig unkompromittierte Männer. Man fasse sich an den Kopf, wenn man die Namen der Waffenstillstandsunterhändler lese. An ihrer Spitze standen Leute, wie Erzberger, welche die Weltvergiftung der öffentlichen Meinung organisierten. Goff hält Verhandlungen mit Willson für angebracht, ohne zu bedenken, daß er dadurch die anderen unserer Gegner für minderwertig erklärt. Das muß ja heides den Frieden zum Scheitern bringen. Er könne die Tätigkeit dieser beiden Männer nicht anders als Konterrevolution nennen. Er kenne die Entente nicht aus Zeitungen, sondern aus persönlichen Berichten. Ihre Forderungen sind: 1. mit Männern zu verhandeln, die nicht zum alten System gehören. Clemenceau erklärte erst neulich: Die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gelten nicht dem deutschen Volke, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen; ihm müßten alle kompromittierten Männer noch Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volksverrats angeklagt werden sollten. Goff-Erzberger und ihresgleichen seien für alle Zeiten erledigt. Die zweite Forderung der Entente sei, Männer an der Spitze der deutschen Regierung zu setzen, die das Vertrauen der Masse genießen. Wir brauchen eine Reichsregierung, die ohne Hemmung demokratische und soziale Politik treibt. Außerdem schlägt er die Einführung eines provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrats vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur auf Grund dieser Vorschläge könne der Separatismus unterbunden werden, den er in Bayern bekämpfe, der aber stärker sei, denn je.

Seine Anhalt setzt sich für Erzberger ein, der immer ein Mittelmäßigster gegen den Militarismus gewesen sei. Die Entente sei gegen das deutsche Volk und nicht gegen einen der einzelnen Unterhändler.

Ebert bittet um die Erlaubnis, den Gesandten Deutsch-Oesterreich, Ludo Hartmann, vorstellen zu dürfen, der als Gast der Versammlung betrautet werde. Hartmann dankt für die freundliche Begrüßung und betont, es dürfe kein Präjudiz sein, wenn er heute als Gast hier weise. Er fühle sich völlig aufgehört. (Bravo.)

Geitner-Gotha findet die Verteidigung Heines erklärlich, da Erzbergers Sünden auch Heines Sünden seien. Er zieht ein Programm in Frage: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus. Wir müssen für die Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindselige Beziehung zuziehen. Uns steht das Volk über dem sogenannten Vaterland und dem Volk kann nur der Sozialismus helfen.

Lipski-Göschel erklärt: Goff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung hinaus stellen, wogegen schärfste Verwahrung einzulegen sei. Ebenso wie gegen die Einschränkung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Zentralstelle. Die Nationalversammlung könne zurückgeführt werden, bis die Vorbedingungen für sie geschaffen seien. In die Einberufung des Reichstages sei nicht zu denken, denn er sei mit dem alten Regime gefallen. Die provisorische Regierung will zur einseitigen deutschen Republik formen und war unter Aufsicht des Deutschen-Oesterreich. Alles andere sei als Provisorium zu betrachten. Eine Aufhebung des Sozialismus zu Gunsten des Friedens dürfe keinesfalls stattfinden.

Beigardner im Namen des Reichstages unterstützt Eisners Forderung einer Regierung, die von dem Mehrheitswillen getragen sei und keine kompromittierten Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein, wie die Waffenstillstandsbedingungen. Der Faschismus sei allerdings Aufgabe der Männer der Regierung, dürfe aber nicht von den eifrigsten Kriegshelden getrieben werden. Er bedauert, daß je noch nicht angenommen werden seien, die durch die oben veröffentlichten hagerischen Berichte so schwer kompromittiert seien. Das würde dem Frieden wahrhaft dienen.

Milch-Hessen erklärt: Das alte Regime sei durch die Soldaten gestürzt worden, deren sich dann die Arbeiterräte angeschlossen haben. Der Kapitalismus müsse liquidiert werden, aber erst dann sei es sich um den Frieden. Unkompromittierte Leute zu seiner Herbeiführung seien gut, aber selbst unter den Unabhängigen schwer zu finden. Das Reich muß bleiben, aber eine Diktatur gefährdet es auf das schwerste. Wir wollen nicht von Berlin los, sondern mit Berlin gemeinsam arbeiten. Bis zur Nationalversammlung seien die U- und S-Räte deren Ersatz. Daß die Regierung die alten Männer zum Teil im Amte behält, wäre doch sehr befriedigend, ebenso wie die Selbstverwaltung mancher Bundesratsmitglieder als Informanten der Einzelstaaten. Selbstverständlich sei für die größte Befreiung der Nationalversammlung. Berlin sei ein Wandel sich gegen die Auffassung, als wenn man erst zum Sozialismus und dann zum Frieden kommen müsse. Unser weitverzweigtes volkswirtschaftliches Leben sei unmöglich in ganz kurzer Zeit zu sozialisieren. Die wichtigste Frage sei die, so schnell wie möglich zum Frieden zu kommen. Er betrachte es als ein Unglück, daß Persönlichkeiten

mit der Führung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragt wurden, die stark katastrophal sind und sich von den Methoden des alten Systems zu sehr befangen gezeigt hätten. Die Waffenstillstandsbedingungen würden seiner Ansicht nach auf die ärmsten Verhältnisse nicht so stehend, wie allgemein angenommen wird. Er wünscht schließlich Männer zu den Verhandlungen zu schicken, die einmal das Vertrauen der Gegenseite genießen, andererseits sich auf die Mehrheit des Volkes stützen, die ihren Willen wiederum nur durch die Nationalversammlung geltend machen kann.

Seymann-Württemberg erklärt: In der Forderung nach unkompromittierten Männern sind mir alle einig, ebenso scheint Goffs Feststellung richtig, daß für den Abschluß des Friedens eine unangefochtene Zentralgewalt nötig sei. Den Frieden brauchen wir nach überwiegender Ansicht so bald wie möglich. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben die Revolution geschaffen und bestehen daher zu Recht, aber mit dem Stog der Revolution müsse auch ihre Umwandlung kommen. Sie sind ein Provisorium bis zur schließlichen einberufenen Nationalversammlung. Gelingt der Berliner Versuch, sie zu verzögern, dann liegt der Separatismus, Württemberg steht durchaus auf dem Boden der Reichseinheit, aber wir brauchen Ordnung und gesicherte Lebensmittelfürhältnisse. Wir haben keinen Zweifel daran, daß wir auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus stehen und haben nur geringen Widerstand gefunden.

Landberg führt aus: Eisner will unkompromittierte Männer als Friedensunterhändler, er erklärte aber selbst, daß es fraglich sei, ob diese weitere Widerzungen erzielen könnten. Die bisherigen Widerzungen und die Lebensmittelfürsorge für die alten Männern gewöhnt worden und entgegen Eisner und Bernheim halte er diese Bedingungen für unerträglich. Die zweite Forderung Eisners, daß die Regierung vom Mehrheitswillen getragen sei, unterstütze er völlig. Das heiße aber nichts anderes, als die schließliche Einberufung der Nationalversammlung. Um 1 Uhr wird die Sitzung bis 3 Uhr ausgesetzt.

### An die Soldatenräte des Feldheeres.

Berlin, 24. November.

Der Vollzugsausschuß des Soldatenrates der Obersten Heeresleitung erläßt folgendes Aufruf:

An alle Soldatenräte des Feldheeres!

Kameraden! Noch leidet das neue Reich an den Rückwirkungen der glänzend geblühten Umwälzung und schon drohen unterer verjüngter Heimat neue Gefahren. Während wir die Waffen aus der Hand zu legen gewillt sind, will das neuerwachte Polen unsere augenblickliche Lage mißbrauchen, um unfreiwillig deutsches Land soll dem großen deutschen Vaterlande entrissen werden. Unser aller Rechtsempfinden empört sich gegen den Gedanken, daß unter Mitwirkung der Willkürlichen Friedensgrundzüge kerndeutsche Brüder und Landesleute gewaltsam abgetrennt und der polnischen Fremdherrschaft unterstellt werden sollen.

Kameraden! Mögen solche Absichten lauten wie sie wollen, uns macht diese Erziehung vor Zwietracht und Aufspaltung. Einig und geschlossen müssen wir uns um unsere vom Vertrauen des werktätigen Volkes getragene Selbstregierung kümmern. Nur dann wird sie das Maß an Einfluß erlangen, um einen Volkerrückfall aufzuhalten, der das deutsche Volk schützt vor nationaler Zerreißung und auch ihm das Recht auf Selbstbestimmung sichert.

Großes Hauptquartier, 24. November 1918.

### An die U- und S-Räte der Heimat.

Berlin, 24. November. (Amtlich.)

Der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung erläßt folgenden Aufruf an die Arbeiter- und Soldatenräte in der Heimat:

Kameraden und Arbeiter!

Nach heißem Ringen kehren unsere tapferen Brüder in die Heimat zurück, nicht als Sieger, aber auch nicht als Geschlagene. Zahlreich widerstanden sie einer kurzbarbaren Uebermacht und vollbrachten Unvergleichliches. Das Willkommen in der Heimat soll daher nicht weniger herzlich sein! Zeigt unseren Kameraden, daß das neue Vaterland ihre Taten zu würdigen und ihre großen Leiden zu achten weiß. Dann aber muß man überall bemüht sein, die heimkehrenden Kämpfer nicht durch nicht höfliche Gerichte, aber immerhin kränkend empfundene Maßnahmen im Sicherheitsdienst zu behelligen. Den versprengten Kameraden sind nach wie vor nur Waffen und Munition abzunehmen, den geschlossenen Truppenkörpern aber sind die Waffen unter allen Umständen

zu belassen. Alle etwa hieran geknüpften Befürchtungen entbehren jeglicher Berechtigung, denn wir wissen aus den Verhandlungen mit den Vertretern der Soldatenräte des Feldheeres, daß die Fronttruppen uneingeschränkt auf dem Boden der aus unserer nationalen Umwälzung hervorgegangenen Regierung Ebert und Haase stehen. Mit den Arbeiter-Brüdern in der Heimat will auch das Feldheer die Demokratisierung und Sozialisierung unseres Landes. Deshalb erhebt es aber auf das schärfste Einspruch gegen alle Bestrebungen, die dahin führen, das Inkraftkommen der von der jetzigen Regierung geplanten Nationalversammlung zu hintertreiben. Die Feldtruppen wollen über den weiteren Ausbau des Reiches mitentscheiden! Das Feldheer will Frieden und einen geordneten Ausbau des neuen Reiches. Es lehnt den Gedanken, die bisherigen Diktaturen zur Erreichung einer neuen Diktatur zu mißbrauchen ab, weil diese den erlöhnten Frieden vereiteln und das deutsche Volk dem Hungertode preisgeben könnte.

Kameraden und Arbeiter! Aus diesem Herzen kommt Euch das Feldheer für Eure beizurende Taten in der Heimat. Ihr habt die langersehnte Verjüngung Deutschlands durchgeführt und den heimkehrenden Brüdern die Vorbedingungen für ein glücklicheres Dasein geschaffen. Wo aber der Versuch gemacht werden sollte, unter Ausschaltung des Feldheeres und aller von dem arbeitenden Volke stets verlangten Demokratie über den endgültigen Aufbau des Vaterlandes zu beschließen, bitten wir, jenem Bestreben Euch mit allen Mitteln zu widersetzen!

Kameraden und Arbeiter! Wir setzen unser Vertrauen in Euch und grüßen Euch mit einem Hoch auf das neue Vaterland!

### Für die Nationalversammlung.

Folgendes Telegramm ist heute an den Volksbeauftragten Ebert gerichtet worden:

Im Aufrufe von 500000 Frontsoldaten vermahnt sich der Soldatenrat der vierten Armee auf das schärfste gegen die Annahme des Arbeiter- und Soldatenrates von Berlin, der unter Umgehung der Nationalversammlung eine diktatorische Gewalt über das ganze deutsche Volk erhebt. Die Front wird sich niemals der Diktatur einer Minderheit unterwerfen.

Im Aufrufe von 500000 Frontsoldaten protestiert der Soldatenrat der vierten Armee gegen die von der Spartakusgruppe beabsichtigte Errichtung des Frontsoldatenrates in Berlin. Die in Berlin anwesenden Soldaten vertreten nicht die Front. Die Front hat ihre eigenen Frontsoldatenräte gewählt und nur diese, deren vornehmste Forderung die Einberufung der Nationalversammlung ist, erkennen sie an.

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Krefeld und der Soldatenrat der vierten Armee bitten den Reichskanzler, zu dem Erlaß des Oberbefehlshabers der ersten Armee, General der Infanterie Eberhard, Stellung zu nehmen und derartige Erlasse für die Zukunft unmöglich zu machen. In der Republik Deutschland wird der Staatsbürger unentwegt in sich das Pflichtbewußtsein tragen, die übernommenen Aufgaben so auszuführen, wie es das Volkswohl erfordert. Das alte Regime mußte sich fügen auf Befehl und Beförderung. Es war ihm nicht wohl, wenn es nicht untergeordneten Stellen oder byzantinisch abgestuften Rangklassen befehlen konnte. Der Bürger des Volksstaates kennt nur freie Arbeiter und Mitarbeiter. Zu dem Verbot des Tragens von roten Abzeichen ist zu erwidern, daß rot oder — der General brühte sich noch deutlicher aus —, daß die rote Fahne Millionen von unseren Volksgenossen das Zeichen bedeutet, unter dem sie seit Jahr und Tag mit Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit stritten und litten. Die rote Fahne catalte sich im Sinne der Freiheit, auch bei der ersten Armee. Anders als unter der geführten Herrschaft der Gewalt, ist im Volksstaat Recht für jeden Staatsbürgerliche Partei und ihre Fahne.

### Die Ernährungsfrage.

W.W. Berlin, 25. Nov. (Amtlich.) Die deutsche Regierung erhielt durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln

### Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

60. Fortsetzung.

Behrend war nachdenklich fort: „So verpante ich mich in mich. Und aus dem Grauen wurde langsam ein Staunen, und aus dem Staunen wurde ein Glück, denn ich erkannte allmählich, daß ich gar nicht tot war. Ich umschloß das Leben meiner Seele, während ich selber nur das Leben meiner Liebe gekannt hatte, die, wenn auch von Wollust einer perden und unbestimmten Leidenschaft umschloß, doch nur Liebe gewesen waren. Von dieser Stunde an wurde ich wieder glücklich. Und es war kein Glück höher als dasjenige, sondern hatte eine janzige, klare Heiterkeit, jene Heiterkeit, die die Blumen haben dürfen, weil sie sich ihrer Liebe nicht bewußt sind. Es war die Heiterkeit der Unschuld, die auch der schuldige Mensch wieder erlangen kann, wenn er über seine Schuld hinauswächst. Ich warf meine Schuld hinter mich und war ihrer ledig. Vor mir lag neues Land. Und von neuem hatte ich jetzt an die Stunde, die kommen mußte, eines Tages, geschiedlich und über, aber nun dachte ich auf eine andere Art an sie als zuvor. Ich wollte dich wieder finden. Und ich wollte dich auch heilen, — mein Herz hätte noch nach dir, wenn es auch meine Liebe nicht mehr taute. Sie hat geirrt, dachte ich, und sie hat Zeit, das zu erkennen. Eines Tages wird sie es sehen. Eines Tages wird sie sehen, daß sie mir etwas schuldig ist, und ihr Gewissen wird ihr keine Ruhe lassen, bevor sie nicht eingesehen hat, es mir zurückzugeben. Den Glauben an sie, den sie mir genommen hat, ihr sie mir schuldig. Sie wird freiwillig kommen und mir sagen: Du, — du hast dich nicht geirrt. Eine Zeitlang war ich abwesend, war ich in der Fremde, in einer Wüste, in der ich mich nicht zurückfinden, aber jetzt bin ich wieder daheim. Ich bin wieder die alte, die du gekannt hast, aber ich bin es nicht blühend, sondern kernig. Bereith mir meinen Jarmeg! Ich gehöre wieder dir, — mit meiner Seele wieder dir!“

Er schloß und sah sie an. Ihre Augen waren sehr groß geworden und hatten einen tiefen Glanz. Sie waren wie der Spiegel eines Kaisers, das seinen Grund hat. Er sah ihre Seele in ihren Augen.

Sie griff nach seiner Hand, lächelte zu, pregte ihre Lippen darauf und ließ sie auf ihren Lippen liegen.

So vergarren sie eine lange Zeit.

„Lucie“, sagte er wieder, „ist kann ich wieder an dich denken.“

„Gede“, jorderst er sie leise auf. „Ein Wort, ein gutes Wort zur rechten Stunde, zündet Helle in uns an und verbrennt alles Dunkele und Schwere.“

„Ein gutes Wort ... zur rechten Zeit ...“ wiederholte sie tieftraurig.

„Glaubst du nicht daran?“

„Ja, — ich habe es ... verpaßt.“

Er schüttelte den Kopf. „Du überstehst die Zeit, weil du sie nicht kennst. Ich hatte reichlich Gelegenheit, die Zeit zu verachten zu lernen. Was ist eine Stunde, ein Tag, was sind Hundert, was sind tausend Tage? Sie können ein Nichts sein, Seitenblätter, die zerplatzen. Und ein Augenblick kann groß sein, kann sie in seiner Richtung alle überragen. Altem auf den rechten Augenblick kommt es an. Und für den ist es nie zu spät, — glaub mir!“

„Ja weißt du viel von dir“, sagte sie, „aber es gibt nichts, das du noch nicht weißt. Auch hinter mir liegen Jahre, Jahre ...“

Er lächelte: „Ich weiß alles.“

„Rein, was in mir ist, kannst du nicht wissen.“

„Erzähle“, sagte er und schaute sie zur Ottomane, „es wird alles klar werden, wenn du sprichst.“

Während er ihre Hände in den seinen hielt, wurde es ihr leicht, zu reden. Anfangs tappten noch ihre Worte in einem Dunkel, sie ging durch ein Gewirp, das sie richte und dessen Zweige ihr ins Gesicht schlugen, aber ihre Worte hoben die Zweige auseinander, schufen sich einen Pfad, der allmählich breiter wurde und der in einen freien Platz mündete, vor dem aus ihr Auge einen klaren Blick über die Vergangenheit hatte.

Sie bestrich die Jahre, die sie gewandert war, von dem unbestimmten Anfang, etwas zu suchen, über dessen Art sie sich keine Rechenschaft abgeben konnte und des sie auch nicht gefunden hatte.

„Wo war sie hergekommen, müde und enttäuscht. Und es war vielleicht nur ein Zufall gewesen, daß sie zu dieser Zeit Reisner getroffen hatte. Dieser Mann hatte sie aufgehoben, nom Wege, an dessen Rand sie sich niedergelassen hatte, um auszuweichen. Und für ihn war es nur ein Zufall gewesen. Aber er war ein Mensch, der Zufallen eine mystische Bedeutung gab, und so hatte auch sie an diese Bedeutung geknüpft, mit geschlossenen Augen, hoffend, daß er recht haben möge, und war seine Frau geworden.“

Sie wollte nicht ungerührt sein, wie sie es diese Nacht noch gewesen war, sie wollte es zugeben: er war nicht schlichter, als es der Durchschnitt der anderen war, eher besser, und ganz jenseits, das fühlte sie jetzt ein, habe sie nichts getan, um ihn besser zu machen.“

„Sogar nach einer kurzen Reise wandte er sich von ihr ab, nicht unwillig, nein, aber am so mehr, und sagte ihr, indem er zurückging, achte, weil er unruhig über weil sie ihm nicht

dabei beschäftigt war, eine ruhige Sammlung und Harmonie in sich selbst zu finden.

„Von diesem Tag an grante mir vor ihm“, sagte sie, „nicht weil er mich verließ, sondern weil er sich mit einem billigen Erlass begnügte, der mich schändete. Es mühte mir nichts, daß ich nicht sagte, er sei doch der Vater meines Kindes. Das, was in meinem Kinde an ihm war, lebte nicht mehr, er hatte es verloren. Es trieb nur noch als ein Wrad auf dem Wasser des Lebens umher, und ich wünschte ihm den völligen Untergang. Auf ihn wartete ich, und ich opferte gern mein Vermögen, um ihn zu bejammern. ... Und dann, als er da war, gestern, diese Nacht, weil ich immer und ankündiger, als ich es gekannt hatte, da überließ mich eine heiße Freude. Jetzt ist er tot, dachte ich, du bist gerächt. Und doch —“

Sie unterbrach sich und sah ihn starr an.

„Er nicht heftig und fragte: „Und doch ...?““

— und doch fühlte ich in jenem Augenblick, da er zusammenbrach, daß ich ihn — liebte ... Das, was von ihm im meinem Kinde war, lebte plötzlich wieder auf, es war nicht von meinem Kinde, Geist von meinem Geist, und je heftiger und erbarungsmühdiger ich es zuden sah, um so größer wurde meine Liebe, die plötzlich retten wollte und retten mußte und die nur darauf wartete, daß auch er dieses Einz. dieses Zusammengehörige und uns Einande erkennen würde und für dieses das Opfer bringen würde, das allein es wert war ... Aber er erkannte es nicht. Er blieb das Wrad, das er geworden war und hatte keine andere Sorge außer der, es in Sicherheit zu bringen. Seine Furcht vor dir war größer als seine Liebe zu mir. Er wollte nicht ins Gefängnis kommen und so verriet er mich.“

„Und dieses kannst du ihm nicht verzeihen?“ fragte er.

„Rein,“ rief sie verzweifelt, „das nicht!“

„Und alles andere hättest du ihm verzeihen?“

„Alles“, schluchzte sie, „alles.“

„Er wird von ihr zurück, beglückt und schmerzdurchwühlt zu gleicher Zeit.“ „Du liebst ihn noch“, sagte er düster, „du liebst ihn.“

„Rein,“ antwortete sie und starrte stumm vor sich hin, „ich liebe ihn.“

„Das ist dasselbe, Lucie, — glaub mir, das ist dasselbe.“ Er nahm abermals ihre Hand und strich lieblos über sie hin. Du sollst dich nicht schämen. Stolz sollst du sein. Es ist dein Recht, ihn zu lieben, — es ist jetzt deine Pflicht.“

„Es gibt nur einen, Herbert, den ich liebe“, sagte sie weich, „ich weiß es, und das bist du.“

Fortsetzung folgt.

**Wirtschaftliches.**

**Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung.**

Die Entwicklung der Dinge im Westen haben die Kohlenzufuhren aus dem Saargebiet ganz, aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenbecken teilweise von Mittel- und Ostdeutschland abgesperrt. Deutschland ist heute zu einem sehr großen Teile auf die Zufuhr von Oberschlesien angewiesen. In einzelnen Teilen Deutschlands macht sich bereits Kohlenknappheit bemerkbar. Meldungen darüber liegen vor aus Magdeburg und aus Kassel; beide Städte sind in den letzten Tagen teilweise ohne Licht gewesen. Die Kohlenversorgung wird nun leider durch Streiks in Oberschlesien ebenfalls wesentlich beeinträchtigt. Die Streiks sind ausgebrochen drei Tage nachdem eine Vereinbarung zwischen den Unternehmern und sämtlichen Gewerkschaftsgruppen zustandekommen war, bei der alle Forderungen der Arbeiter bewilligt worden sind. Jetzt werden bis zu 35 Mark Schichtlohn verlangt. Die Bewegung steht nicht unter dem Einfluß der Gewerkschaften, ist auch nicht einheitlich, hat aber schon den größten Teil des oberschlesischen Kohlenreviers erfaßt. Bei ihrer Fortdauer würde die Kohlenversorgung des Reiches aufs Schwerste gefährdet. Die bisherigen Entgangsverluste, auch unter Mitwirkung der Regierung, sind ohne praktischen Erfolg geblieben. Die Bewegung wird von den kohlenhungrigen Tschechen und Polen ins Land getragen. Auch in Rheinland-Westfalen sind Streiks mit politischen Hintergrund ausgebrochen. Sie sind augenblicklich noch nicht sehr umfangreich, breiten sich aber ständig aus, und die Gefahr ist vorhanden, daß auch sie den ganzen Kohlenbecken erfassen. Die Folgen für den Waffenstillstand, die Ernährung, den Verkehr und das ganze Wirtschaftsleben wären unabsehbar.

**Die Forderungen der Neger.**

Am 10. November waren im Casino-Malack, Newport, 5000 amerikanische, afrikanische und westindische Neger versammelt, um im Namen ihrer Rasse Stellung zu nehmen zum kommenden Friedenskongress. Sie nahmen folgende Entschlüsse an und forderten sie an den britischen Außenminister Arthur J. Balfour: 1. Der Grundgedanke der Selbstbestimmung ist auch auf Afrika auszudehnen, ebenso auf alle europäischen Kolonien, in denen die Mehrheit der Bevölkerung afrikanischer Abstammung ist. 2. Alle wirtschaftlichen Schranken, die die industrielle Entwicklung Afrikas hemmen, sind zu beseitigen. 3. Die Neger sollen überall dieselbe Bewegungsfreiheit genießen wie die Europäer. 4. Die Europäer, die die Stammesgebräuche der afrikanischen Bevölkerung fördern oder verletzen, sollen ausgewiesen werden und nicht mehr das Recht haben, sich in Afrika niederzulassen. 5. Alle Ausnahmefälle gegen die Neger sind abzuschaffen; gleiche Rechte für die Neger, wo sie mit der weißen Bevölkerung zusammenwohnen. 6. Die südafrikanischen Bodengesetze, die gegen die Eingeborenen gerichtet sind, sollen abgeschafft werden. 7. Wird irgendeine internationale Regierung gegründet, so ist den Negern eine Vertretung einzuräumen, die im Verhältnis zu ihrer Stärke steht. 8. Die bestehenden deutschen Kolonien in Afrika sind den Eingeborenen zurückzugeben; gebildete Neger sind an ihre Spitze zu stellen.

**Aus der Partei.**

Die Sportastute in Elberfeld besetzten den Betrieb der dortigen sozialdemokratischen „freien Presse“, entsetzten die bisherigen Redakteure und setzten dafür zwei ihrer Leute ein.

**Soziales.**

**Sozialpolitische Reformen.** Halbamtlich wird mitgeteilt: Das Reichsarbeitsamt plant eine Reihe von bedeutenden sozialpolitischen Neuerungen. Es befindet sich darunter die Ausdehnung der Versicherungspflicht. Für die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien ist die Nacht...

Stundenlohn beschlossen; das Nachbatterbot soll auch in Zukunft aufrechterhalten werden. Außerdem wird eine Neuordnung der Sonntagsruhe kommen. Die Form derselben steht im einzelnen noch nicht fest.

**Kriegsbeschädigtenfrage.**

**Ein notwendiger Schritt.**

In naher Aussicht steht die Anordnung eines neuen Rechtsmittelverfahrens für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Statt des Kriegsministeriums, dem bisher die Entscheidung oblag, sollen Spruchinstanzen in Anlehnung an die Schiedsgerichte und Organe der Arbeiterversicherung geschaffen werden. Außerdem sollen die Renten erhöht werden.

**Aus Nah und Fern.**

**Auflösung einer Stadtverordnetenversammlung durch Waffengewalt.** In der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Chemnitz verlas zu Beginn Justizrat Beutler ein Schreiben, worin der Stadtpräsident Kranold mitteilte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat das Kollegium aufgelöst habe. Der Vorkeser erklärte darauf, daß die Auflösung nur durch das Ministerium des Innern erfolgen könne. Da dies nicht erfolgt sei, trete er in die Tagesordnung ein. Darauf erschien Bürgermeister Klart, teilte im Namen des Stadtpräsidenten nochmals die Auflösung mit und fügte hinzu, daß die Auflösung andernfalls durch Waffengewalt erfolgen werde. Justizrat Beutler bemerkte, er sehe dem Auftreten der Waffengewalt entgegen. Darauf erschien Stadtpräsident Kranold an der Spitze von vier bewaffneten Soldaten und forderte zum Verlassen des Stadtverordnetensaalles auf. Justizrat Beutler erklärte, daß nunmehr das Kollegium der Waffengewalt weichen müsse.

**Todesstrafe bei Vorenthaltung von Lebensmitteln.** Der Arbeiter- und Soldatenrat in Salzwedel in der Altmark hat sich zu folgender scharfer Maßregel veranlaßt gesehen: „Alle Personen, welche Lebensmittel zurückhalten, um diese zu Wucherpreisen abzugeben, sind mit dem Tode zu bestrafen. Es wird erwartet, daß hierdurch den bisherigen Missethätigen Abhilfe geschaffen und der Bevölkerung das zugeführt wird, was ihr zusteht.“ Die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates befragt weiter, daß auf einfachen Mäxer und Schleichhandel entfallende gerichtliche Strafen von ihm in jedem Falle verdoppelt werden.

**Die Holländer sitzen für England.** Wie aus dem Haag mitgeteilt wird, geschickte die holländische Regierung, daß 30 Dampffrauer aus Amstuden in der Zeesche für den englischen Markt sitzen. Man beabsichtigt, die Zahl demnächst zu erhöhen. — Wäre es nicht möglich gewesen, holländische Fischer auch für die deutsche Bevölkerung sitzen zu lassen?

**Schnaps nach der Heimat.** Reuter berichtet aus Newport: Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes haben 100 000 (hunderttausend) Personen um ihre Pässe nach Europa nachgesucht. Da die Beschränkung für die Ausgabe dieser Pässe noch immer in Wirklichkeit ist, wurden diese Gesuche abgewiesen. 250 000 (zweihundertfünfzigtausend) Personen warten in Newport auf Schiffsgelegenheit.

**Sprechsaal.**

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Wilder Eifer schadet nur!**

Dieses Wort müssen wir Herrn Oberlehrer Tittel, dem Schreiber des Sprechsaalarbeitels: „Wo find die Lübecker Beamten?“ entgegenhalten.

Dieser Artikel enthält eine derartige Musterauswahl von Unrichtigkeiten und Mißverständnissen, daß wir überhaupt nicht darauf geantwortet haben würden, wenn nicht in der augenblicklichen Zeit der so-llen Entwicklung durch solche Behauptungen einzeln unnötige Vermirrung angerichtet werden könnte. Nicht

durch Verfolgen von Sonderbestrebungen, nicht durch Uneinigkeit können wir vorwärts, sondern nur durch straffen Zusammenschluß, durch Organisation auf allen Gebieten.

Einen solchen Zusammenschluß bei der Ueberführung der Kriegsarbeit in die Friedensarbeit und beim wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes bildet der Rat der vereinigten Kräfte. Seine Mitarbeit auf diesen Gebieten wird vom Soldaten- und Arbeitererrat willkommen geheißen. Mit Recht befehligt er sich nicht und will er sich nicht befehlen. Diese ist durchaus dem alten resp. neuen reichspolitischen Parteien zu überlassen. Selbstverständlich nehmen wir für jeden Beamten das Recht in Anspruch, sich politisch frei zu betätigen. Gerade jeder politische Gesichtspunkt wird aber bei aller Abgrenzung des Rechts der freien Meinungsäußerung zunächst in den und durch die Organisationen zu wirken suchen, wird sich vor allem bitten, über Organisationen unrichtige Tatsachen in die Öffentlichkeit hinauszuweisen.

Aus der großen Zahl von Unrichtigkeiten des erwähnten Artikels seien vorläufig nur zwei hier besonders hervorgehoben als Beweis dafür, daß Herr Tittel zum mindesten sehr unvorsichtig gehandelt hat. Herr Tittel behauptet zunächst, daß den hiesigen Beamten eine Organisation fehle. Das ist unrichtig. Herr Tittel mußte wissen, daß es einen Lübecker Beamtenbund nicht nur geben soll, sondern gibt. Herr Tittel konnte wissen, daß dieser Lübecker Beamtenbund bereits eine allgemeine Versammlung beschlossen und ein Thema für die Verhandlungen (Demokratie und Beamtenfrage) bestimmt hat.

Aber nur etwas, was den Lesern kaum glaublich erscheinen muß. Herr Tittel selber gehört als Psychologe diesem Beamtenbund, der einen Zusammenschluß aller hiesigen Beamtenvereine darstellt, an. Wenn er sich nun über dessen Bestehen so ganz ununterrichtet zeigt, so beweist das, daß ihm bisher Organisationsfragen so gleichgültig waren, daß er es nicht einmal für nötig fand, die Sitzungen seiner Fachorganisation zu besuchen oder sich über die dort erörterten Dinge zu unterrichten.

Herr Tittel behauptet ferner: „Das Verhältnis der Beamten zu diesem Rate (Rat der vereinigten Kräfte) stellt sich als ein Geschäft dar, in das einige Teilnehmer ihre Kräfte, ihren Namen und ihre Aussicht einlegen, während das Kapital von anderer Seite zur Verfügung gestellt wird.“

Der in diesem Satz enthaltene schwere Vorwurf nötigt zu einer ganz energischen Abwehr. Der Rat der vereinigten Kräfte, wie jede Vereinigung, die nach außen hin wirken will, bedarf gewisser Mittel für Druckkraft, Porto usw. Diese Mittel können auf verschiedenen Wegen aufgebracht werden. Durch Ausgabe von Staatsmitteln, durch freiwillige Beiträge, durch Zwangsbeiträge. Der Soldaten- und Arbeitererrat hat mit Recht und Recht den ersten Weg gewählt. Auch der Rat der vereinigten Kräfte hat einen dahingehenden Antrag an die Behörden gerichtet. Bis zur Entscheidung über diesen Antrag sind ihm von Mitgliedern freiwillige Beiträge zur Verfügung gestellt worden.

So wenig aber der Vorwurf gegen den Arbeiter- und Soldatenrat berechtigt sein würde, daß er durch die gewordene Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in seinen Einrichtungen von den bewilligenden Instanzen irgendwie abhängig werden könnte, ebensowenig wäre ein ähnlicher Vorwurf gegen den Rat der vereinigten Kräfte angebracht. Wer irgendwie verurteilt werden sollte, der sollte im Rat eingeschrieben, oder auch nur anfragen, um lassen, dem wird unerbittlich der Stuhl vor die Tür gesetzt. Denn werden schon die im Rat sitzenden Beamten im Verein mit den Vertretern der Zeitungsstellen sorgen.

Die bisherigen Beschlüsse und Maßnahmen des Rates zeugen dafür, daß die in ihm sitzenden Männer entschlossen sind, sich im wirtschaftlichen Gebiete auf den Boden der Tatsachen zu stellen; und unbestimmt um politische Einfaltungen dem Gemeinwesen in diesen schweren Tagen im Verein mit dem Soldaten- und Arbeitererrat zu dienen.

Und, nicht wahr, Herr Tittel, in einer solchen Stellungnahme und einem solchen Prestigeeinstellung früherer Meinungen kann doch nicht ein bescheidenwertiger Gesichtswinkel, ein Gesichtswinkel und Anpassungsfähigkeit gefunden werden, wie Sie sie mit Recht für einen Beamten nicht wünschen.

Der Herausgeber des Lübecker Beamtenbundes.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarzk. Druck: Friedr. Meyer & Co. Schlicht in Lübeck.

**Bekanntmachung.**

Auf Grund der §§ 11 und 16 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 8. April 1917 (Reichsanzeiger S. 307) wird bestimmt:

§ 1. Grünkohl und Dauerweißkohl dürfen erst vom 15. Dezember 1918 ab im Gebiete des Deutschen Reiches abgelegt werden.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft. Auch kann auf Einziehung der ohne Genehmigung abgesetzten Waren erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Berlin, den 16. November 1918.

**Reichsstelle für Gemüse und Obst.**

Der Vorsitzende: von Tilly. Ein freier Rest. geschäftsführer, gekorenet, ukrainischer Güter und am Mittwoch, dem 27. ds. Mts. von 9 bis 12 Uhr vormittags im Schlachthaus verkauft. Preis für 1/2 kg 4,00.

**Der Ernährungsausschuß.**

**Sozialdemokrat. Verein**  
**Lübeck.**  
Hierdurch die traurige Nachricht daß unser Genosse  
**Fr. Jahncke**  
verstorben ist. Seine Beerdigung ist bereits erfolgt.  
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Der Vorstand.

**Heizer**  
vom Militär beurlaubt, sucht bis zur Entlassung sofort Stellung als Heizer. Lübeck oder Umgegend. Off. unter L & S an die Exped. d. Bl. (6010)

**Frau oder Mädchen**  
für eine Morgenstunden gesucht.  
(6029) Beegergrube 27.

**mehrere**  
**Reinmachefrauen.**  
Barant Lübeck.  
(6028) Pillendamm 10.

**Reinmachefrauen**  
gewünscht. Zu melden beim Hausmeiner Fleischhauerstr. 18. (6031)

**Publiziertes Zimmer**  
zu vermieten.  
6026) Glandorpstr. 4, 1. St.  
Geht sofort, oder später heller trockener

**Nach als Werkstatte**  
(Laden oder Hinterhaus). Ang. u. D. 26 a. d. Exped. d. Bl. (6032)  
Zwei Zimmer, welche hier zu bleiben gedenken. Suchen per sofort ein Zimmer mit 2 Betten in der Nähe des Südens.  
(6011) Anged. Intertrave 20.

**Stärke-Arbeitsstelle** 45. gegen Gr. 41 zu vertauschen. (6004)  
Anged. unter KH 90 an die Exped. dieses Blattes erbeten.

**Verloren am Sonntag**  
in der Donkalle  
**schwarze Pelztragen.**  
Abzugeben gegen gute Belohnung.  
(6019) Dornstr. 5 (Laden).

**Ein Fahrrad** o. G. mit Luftpumpe u. Lampen- u. Zubehör. f. 22 Mk. zu verkaufen.  
(6036) St. Petersgrube 6.

**Zu kaufen gesucht:** Guterhalt. Seegrasmatratze. Off. u. R. 5 a. d. Exped. d. Bl. (6045)

**Gesucht e. Dranghelle**  
(6020) Sadowstr. 25, 2. St.

**la Rum- und Kognat-**  
**Verchnitt, Aquavit-**  
**Nordhäuser-Steinhäger**  
**Rot- und Weißweine.**  
**Hans Wegener,**  
594-1. Obere Wahnstraße 10.  
Habe mein Geschäft w. edig.  
eröffnet. (6001)  
**Paul Adler, Friseur**  
Warendorpstr. 30.

**Metropol.**  
Von Freitag, den 22. bis auf weiteres.  
**Das Himmelschiff**  
Zukunftsroman aus dem Jahre 2000 in 6 Akten. Hauptroll.:  
**Gunar Tolmaes und Lilly Jakobsen.**  
Auchdem über 600 000 Mitwirkende.  
Dieser Film wurde über 6 Monate in Berlin in den  
U. T.-Lichtspielen täglich aufgeführt.  
**Vorführung 4 Uhr, 6,15 Uhr und 8,15 Uhr.**  
Der großen Ausgaben halber sind die Preise  
der Plätze erhöht. 5997

**Genlle-u. Parfumeurs**  
Die Heimstätten-Gesellschaft m. B. hat die Parfüm, ihre an der Landstraße 109 in Lübeck-Krohnitz gelegene Grundstücke u. Räume für den Gewerbe- u. Karosellbau zur Verfügung u. stellen. Die Nachbauer soll 10 Jahre betragen. Pachtlich- haben werden gebeten, ihre Wünsche im Bureau der Wirtschaftsbehörde, Fleischhauerstr. 18, Zimmer Nr. 7, bekanntzugeben.  
Lübeck, den 26. Novbr. 1918.  
Der Vorstand.

**Haftbare**  
**Rosenträger**  
weiche Kragen  
zum Selbstwaschen  
**Krawatten**  
**Papier-Wäsche**  
**Aug. Janensch**  
Sandstraße 5995

**Zeitschriften aller Art.**  
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Hansa-Theater.**  
Dienstag abends 7 Uhr  
**Sah ein Knab' ein**  
**Röblein steh'n.**  
Mittwoch:  
**Die tolle Komtes.**  
Donnerstag: (6000)  
**Sah ein Knab' ein**  
**Röblein steh'n.**

**Deutscher**  
**Bauarbeiter-Verband**  
Bezirksverein Lübeck.

**Todes-Anzeige.**  
Am Mittwoch d. 20. Nov. Starb nach längerer Krankheit unser Kollege  
**Alfred Koch**  
(Hilfsarbeiter)  
im Alter von 60 Jahren.  
Seine feinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch dem 27. Novbr. nachmittags 1/4 Uhr statt (Vorwerk Friedhof). Die Teilnahme verlameln sich daselbst 11/2 Uhr. 6024  
Der Vorstand.

Infolge eines Unfallereignisses entschliesse heute unsere liebe Mutter, Schwieger- u. Großmutter, unsere gute Schwieger u. Schwägerin  
**Dorothea Böckmann**  
geb. Wegner  
im 52. Lebensjahre.  
Tief betrüuert o. b. Jhrigen  
**Hans Böckmann** u. Frau  
geb. Spiegel  
**Mariechen Böckmann**  
nebst allen Verwandten.  
Lübeck, d. 25. Novbr. 1918.  
Wiederstraße 7 a. 1.  
Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 29. Novbr. nachmittags 1 Uhr 45 Min. in der Kapelle des Vorwerkes Friedhofes statt. 6005

# Moderne Handarbeiten

Für das Weihnachts-Fest  
bieten wir sehr preiswert

Handarbeiten jeglicher Art

vorgezeichnet, angefangen  
und auch fertig gestickt

Reiche Auswahl in

Loch- und Ausschnitt-Arbeiten

≡ Kelim-, Smyrna- und Kreuzstich-Stickereien ≡

unter anderem:

Sofa- u. Ruhekissen, Tischdecken u. Läufer, Nähtischdecken, Kommodendecke  
Büfettdecken, Kaffee- u. Teewärmer, garnierte Nähkörbe, Krawatten-, Taschentuch  
u. Handschuhkasten, handgestickte Bilder, Küchen- u. Schlafzimmer-Garnituren

# Holstenhaus G. m. b. H. Lübeck

## An die Bevölkerung, Arbeiterinnen und Angestellten Lübecks.

Eine alljährlich am 1. Mai propagierte Forderung  
der Arbeiter,

### der Achtfundentag,

hat Gesetzeskraft erlangt. Auf Grund seiner Einführung  
hat der Arbeiterrat in einer Vollversammlung beschlossen, am

**Donnerstag, d. 28. November**

**eine große Demonstrations-Feier**

zu veranstalten.

**Die Betriebe ruhen am Donnerstag.**

Die Geschäfte sind nur bis Mittag 11 Uhr  
geöffnet, damit das Verkaufspersonal Gelegenheit hat,  
sich an der Feierlichkeit zu beteiligen.

Die an dem Demonstrationstag teilnehmenden Arbeiter  
und Angestellten sammeln sich auf dem Bergfeld.

Der Demonstrationzug marschiert pünktlich 1 Uhr  
von dort ab durch die Große Burchstraße, Breite Straße,  
Markt, Holstenstraße, Schwarzenberg, Friedensstraße,  
Waisenhofstraße, Fackelburger Allee, Brühlstraße, Alter  
Bahndamm und löst sich auf dem Spielplatz Dunitzshof auf.  
Auf dem Marktplatz und auf dem Dunitzshof sind  
Rednertribünen aufgestellt, von denen aus

## Ansprachen

gehalten werden.

Die Gewerkschaften werden ersucht, ihre Fahnen im  
Zuge mitzuführen.

Arbeiter, Bürger, Soldaten! Sorgt für eine wür-  
dige Massenfundgebung!

Der Soldaten- und Arbeiterrat.  
i. A. Kossien, W. Bromme, H. Ehlers,  
A. Haut, Koz. 6031

## Schmückt die Häuser!

Heute erwartet Lübeck die von der Front zurück-  
kehrenden Truppen zurück.

Sämtliche öffentlichen Gebäude haben Flaggen- und  
Laternenschmuck anzulegen; von den Privathäusern wird angenommen,  
dass sie sich nach Möglichkeit hieran beteiligen.

Der Soldatenrat.  
i. A.: Richter, Deermann, Weiß. 6013

## Bekanntmachung des Arbeiterrates.

Zahlreichen Petitionen und Zuschriften entsprechend, fordern  
wir hiermit alle Arbeiter, Angestellten und Beamtenorgani-  
sationen, sowie Berufsvereinigungen, die sich auf den Boden  
unserer Bewegung stellen und im Arbeiterrat noch nicht vertreten  
sind — das aber wollen — auf, einen diesbezüglichen Antrag  
schriftlich bis 30. d. M. zu stellen und gleichzeitig den Namen  
des gewählten Delegierten mitzuteilen.

Der Arbeiterrat  
i. A.: W. Bromme. 6014

## Die Mitglieder der Arbeiter-Gefangenenvereine

werden aufgefordert heute abend 8 1/2 Uhr

im **Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52**

zu erscheinen.

Es soll Stellung genommen werden zu der am Donnerstag  
festgesetzten

**Feier des Achtfundentages.**

Der Dirigent Herr Sulanka wird anwesend sein.  
Der Einberufer.

## Bekanntmachung

betreffend Ropschlachtereien.

Das Polizeiamt hat gemäß der Verordnung des Staats-  
sekretärs des Kriegs- und Ernährungsamts zur Abänderung der Verord-  
nung über Pferdefleisch vom 12. Juni 1918 (Reichs-gesetzblatt  
S. 66) außer den in der Bekanntmachung vom 1. August 1918  
benannten Personen

dem Ropschlachter Heinrich Bibow, Röhrenstr. 15  
auf seinen Antrag die jederzeit widerrufliche Erlaubnis zum  
Anfang von Werden zur Schlachtung zum Betrieb des Rops-  
schlächtergewerbes und zum Handel mit Pferdefleisch erteilt.

Lübeck, den 22. November 1918. 6008

Das Polizeiamt

## Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Bezugsausweisen  
für Näh-, Stic- und Stopfgarn.

Auf Grund der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle  
für die Verteilung von Nähkäse, Stic- und Stopfgarn vom  
1. August 1918 ordnet das Polizeiamt hiermit folgendes an:

1. Gegen zwei Abchnitte 104 der Warenkarte des P... mittel-  
käseheftes oder der Lebensmittelfarte wird ein Bezugsausweis  
verabfolgt, welcher zum Bezuge einer Rolle (200 Meter) Nähgarn  
berechtigt.

2. Gegen drei Abchnitte 104 der Warenkarte des P... mittel-  
käseheftes oder der Lebensmittelfarte wird ein Bezugsausweis  
verabfolgt, welcher zum Bezuge einer Rolle (200 Meter) Nähgarn  
berechtigt.

3. Gegen drei Abchnitte 104 der Warenkarte des P... mittel-  
käseheftes oder der Lebensmittelfarte wird ein Bezugsausweis  
verabfolgt, welcher zum Bezuge einer Rolle (200 Meter) Nähgarn  
berechtigt.

4. Die Ausgabe der Bezugsausweise für Arbeiter (Schneider,  
Bündlerinnen usw.) Anstalten mit Wäsche, Gasthöfe und Pen-  
sionate wird besonders bekannt gegeben.

5. Die Ausgabe von Garn vor der festgesetzten Zeit, sowie die  
Abgabe von Garn ohne Bezugsausweis wird nach § 25 der Ver-  
ordnung zur Reichsbekleidungsstelle vom 10. August 1918  
mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu  
1000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

6. Die Ausgabe der Bezugsausweise geschieht nach den an-  
gegebenen Anweisungen zum Bezuge von Lebensmitteln an-  
zuerstehenden Personen. Abweichende Personen können sich zur  
Erlangung eines Ausweises zuammenschließen, auch wenn sie  
verschiedenen Bezirken angehören.

7. Bei der Ausgabe sind außer den Ausweisen zum Bezuge von  
Lebensmitteln die Lebensmittelfartenhefte oder die Lebensmittel-  
karten vorzulegen. Lose Abchnitte, sowie aus den Lebens-  
mittelfartenheften ausgetrennte Warenkarten und Bezugskarten  
für Mühlenfabrikate werden nicht entgegengenommen; die  
Abchnitte dürfen nur von den mit der Ausgabe beauftrag-  
ten Personen abgetrennt werden.

der die Ausgabe der Bezugsausweise besonders bekannt gegeben.

Lübeck, den 26. November 1918. 6008

1-8 am Donnerstag, dem 28. November	Freitag, dem 29. November
9-16	Sonntag, dem 30. November
17-24	Montag, dem 1. Dezember
25-32	Dienstag, dem 3. Dezember
33-40	Mittwoch, dem 4. Dezember
41-48	Donnerstag, dem 5. Dezember
49-56	Freitag, dem 6. Dezember
57-64	Sonntag, dem 7. Dezember
65-72	Montag, dem 9. Dezember
73-80	Dienstag, dem 10. Dezember

Lübeck, den 26. November 1918. 6008

Das Polizeiamt.

Der dritte Teilbetrag der Einkommensteuer und der  
zweite Teilbetrag der Kirchensteuer für das Jahr 1918/19 ist  
von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für  
die Vorstadt St. Lorenz sind, in der Zeit vom 22. bis 30. No-  
vember d. J. bei Vermeidung des Zuschlags, der gesetzlichen  
Gebühr zu entrichten.

Die Verletzung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus-  
der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt  
hat eine Veränderung der im Steuerzettel angegebenen Zahlterminen  
nicht zur Folge.

Lübeck, den 21. November 1918. 6008

Die Steuerbehörde.

## Einschränkung der Gaslieferung.

Das am 11. d. M. erlassene Verbot der Gasentnahme in  
den sogenannten Sperrzeiten (letzmalig bekanntgegeben am 19.  
11. 1918) und die Mahnung zur Spararbeit im Gasbezug wer-  
den nicht genügend beachtet. Da der Verbrauch infolgedessen  
ständig wächst und die Stockung der Kohlenfuhr nach dem  
Vorkaufswert noch nicht behoben ist, muß im Einklang mit der  
Bekanntmachung vom 11. d. M. eine Verlängerung der Sperr-  
zeiten in Aussicht genommen werden.

Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat wird  
deshalb von dieser Maßnahme nach Erfordernis und ohne vor-  
herige Ankündigung Gebrauch gemacht werden.

Lübeck, den 25. November 1918. 6022

Die Betriebsbehörde.



## Gute Bücher

auf dem Weihnachtstisch sind von  
jeher beliebt bei Jung und Alt

Unsere bedeutende

## Bücherverkaufs-Ausstellung

im Erdgeschoss bietet geeignete Ge-  
schäfte in mannigfacher Art, wie:

Jugendbücher, Klassiker, Neuauflagen,  
antiquarische Werte, Gelegenheitskäufe

Im 2. Stock:

Weihnachts-Musikalien in großer Auswahl.

Rudolph Karstadt Lübeck

Romanistik-Gesellschaft.

## E.K. Diele

Beckergrube 22  
Den heimkehrenden Kriegern  
ein herzliches Willkommen!

## Stadtheater Lübeck.

Sonntag, den 1. Dezember:  
Letzte Einführungsvormittags-  
vorstellung zu Frank Wedekinds

**Frühlings Erwachen.**

Vorkaufrecht bis Donnerstag  
Abend für die Mitglieder der  
Schauspielgemeinde.

Rote Karten.  
Von Freitag ab Verkauf an  
Jedermann. (6018)

Preise der Plätze Mk. 1 und  
50 Pf.

## Stadtheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. 6012

Dienstag, den 26. November

**Der Schöpfer.**

Schauspiel in 4 Akten  
von Hans Müller.

9. Vorstellung im Dienstag-  
Abonnement.  
Anfang 7 Uhr.

Mittwoch, den 27. November

**Martha.**

Donnerstag, den 28. November

**König Grisehaar.**

Grüne Karten.  
Freitag, den 29. November:  
Außer Abonnement.

**Das Höllich Gold.**  
Der Ring des Polykrates.